

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 59 (1967)
Heft: 6

Artikel: Fünf Jahre unabhängiges Algerien
Autor: Koschorke, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354285>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDschau

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 6 - JUNI 1967 - 59. JAHRGANG

Fünf Jahre unabhängiges Algerien¹

Algerien nach den jüngsten Kommunalwahlen

Am 5. Februar 1967 wurden in Algerien die Gemeinde- und Stadträte auf vier Jahre gewählt. Es war die erste Kommunalwahl seit der Erklärung der Unabhängigkeit am 5. Juli 1962. Zum erstenmal auch, seit Oberst *Houari Boumedienne* und sein Revolutionsrat am 19. Juni 1965 den damaligen Präsidenten *Ahmed Ben Bella* in den algerischen Gefängnissen verschwinden ließen und die Macht ergriffen, konnte das algerische Volk an die schon immer etwas zweideutige Praxis des Wählens anknüpfen. So gestatten diese Wahl und ihr Ergebnis ein Urteil über die Regierung Boumediennes und über die Resonanz, die sie in der Bevölkerung findet.

Die Struktur der Gemeindeverwaltung in Algerien war zunächst unverändert aus französischer Zeit übernommen worden. Die starke Zentralisierung auf Zentralbehörden in Algier hin – selbst über Schulbaureparaturen in entlegenen Dörfern konnte eigentlich nur in Algier entschieden werden – widersprach regionalen Eigenheiten und sozialistischen Prinzipien, erwies sich als unwirksam und umständlich und förderte nur die vom Klima bedingte Trägheit. Sollten Gemeindewahlen irgendeinen Sinn haben, so mußten sie mit einer Kommunalreform verbunden sein.

Ein Jahr lang arbeitete die Regierung an dem neuen Gemeindegesetz, verschob sogar den Wahltermin von 1966 auf 1967, um die in Revolutionsrat, Regierung und Kommissionen aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten in Ruhe klären zu können, bevor Präsident Boumedienne den neuen *Code Communal* am 18. Januar 1967 unterzeichnen konnte, knapp drei Wochen vor der Wahl.

Danach bestehen die neuen Gemeindeverwaltungen erstens aus einem Gemeinde- oder Stadtrat mit mindestens neun Abgeordneten (bei Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern), und zweitens aus einem Exekutivorgan, das die Beschlüsse der Gemeindeversammlung

¹ Aus: Gew. Monatshefte DGB, Mai 1967

auszuführen hat – dem Bürgermeister und seinen Stellvertretern. Diese neugeordnete Kommune wird als kleinste Verwaltungseinheit beim Aufbau des Landes verstanden und entsprechend aufgewertet: Die Gemeindevertretung ist für die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten der Kommune verantwortlich. Der Bürgermeister hat für die öffentliche Ordnung zu sorgen. Auch finanziell werden die Gemeinden auf eigene Füße gestellt.

Man könnte diese Reform als Anwendung des (bereits in Industrie und Landwirtschaft angestrebten) Selbstverwaltungsprinzips (Autogestion) auf die Lokalverwaltung bezeichnen. Mitarbeit und Verantwortungsbewußtsein auf örtlicher Ebene sollen geweckt und gefördert werden. Es ist deutlich, daß sich fortan die Einsatzfreudigkeit eines guten Bürgermeisters weit positiver, Vetternwirtschaft und Unfähigkeit aber auch viel negativer auswirken werden als bisher.

Entscheidend waren und sind also Auswahl und Qualifikation der neuen Gemeindeabgeordneten. Kommissionen unter Vorsitz der Partei (FLN) und unter Beteiligung aller Massenorganisationen wie Gewerkschaften, Frauenvereinigung usw. sollten die Einheitslisten zusammenstellen, die dann – von der Bevölkerung mit Spannung erwartet – eine Woche vor der Wahl bekanntgegeben wurden.

Doch hier beginnen schon die Probleme. Die Parteiorganisation ist in weiten Teilen des Landes praktisch inexistent. Die Listen stammten häufig von der Verwaltung, die sich naturgemäß an die Leute hielt, die sie kannte, also an die vorher vom Staat eingesetzten Gemeindevertreter, die nun aber oft bürgerlich sind oder am Freiheitskampf wenig aktiv teilgenommen haben. Gelegentlich kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen. So gab es in Oran zunächst zwei Listen, eine von der Verwaltung, eine von den Gewerkschaften aufgestellt.

Aufs Ganze gesehen hat man sich im Rahmen des Möglichen um eine repräsentative und gute Auswahl bemüht. Um Ämterkumulation zu vermeiden, waren Militärs, Präfektorialbeamte, Steuereinzahler und andere Personen in einflußreichen Stellungen vom Recht zu kandidieren ausgeschlossen. Die autoritative Aufstellung von Einheitslisten ist in einem Land nicht zu umgehen, in dem Cliquenwirtschaft oder die Gegensätze der Clans das Dorfleben kennzeichnen.

Folgende Prinzipien sollten nach dem Willen der Regierung die Auswahl der Kandidaten für die Einheitsliste leiten: Demokratisierung, das heißt eine der Bevölkerungsschichtung entsprechende Vertretung; Effektivität, das heißt die fähigsten Leute sollten in den Gemeinderat; außerdem sollen sie nicht den «ausbeutenden Klassen» angehören und eine «Vergangenheit ohne Flecken» (keine Kollaboration mit den Franzosen) aufweisen.

Hier beginnen wieder die Probleme: Wie so oft im algerischen Alltag, schließt ein gutes Prinzip das andere aus. Natürlich kann man den algerischen Großgrundbesitzer von der Liste streichen. Was aber,

wenn er einer der drei Nichtanalphabeten des Ortes ist? Eine demokratische Sitzverteilung würde 80 Prozent Analphabeten in den Gemeinderäten fordern, denn von den algerischen Wahlberechtigten sind 80 Prozent des Lesens und Schreibens unkundig. Aber solch ein Gemeinderat ist nicht wirklich arbeitsfähig. (Die neue brasilianische Verfassung, die Analphabeten das Wahlrecht verweigert, ist da zweifellos konsequenter, sicher aber auch weniger demokratisch.)

Trotz der Einheitslisten wird man diese Wahl als den Umständen entsprechend recht demokratisch bezeichnen dürfen. Für die 10 158 verfügbaren Sitze waren doppelt soviel Kandidaten aufgestellt, so daß immerhin eine Auswahl möglich war. Die Tatsache der Einheitsliste ist als solche noch nicht als undemokratisch zu bezeichnen: wer wollte in einer Gemeinde, in der nur der Lehrer und der Briefträger lesen können, eine Gegenliste zusammenstellen? Zum erstenmal sind auch Frauen als Kandidaten ausgewählt worden – das wäre ohne Druck von oben nie geschehen. In mindestens zwei Drittel der algerischen Kommunen würde man keine vernünftige Gegenliste zusammenbekommen.

Es soll zwar auch bei dieser Wahl vorgekommen sein, daß (in den der Regierung feindlichen kabyllischen Bergen) die Armee Leute auf Lastwagen zum Wahllokal fuhr und ihnen fertig ausgefüllte Stimm-scheine in die Hand drückte, wie das zu französischen Zeiten weitgehend der Brauch war. Doch hatte die algerische Regierung andererseits 15 ausländische Journalisten aufgefordert, sich an Ort und Stelle davon zu überzeugen, daß die Wahlen ordnungsgemäß durchgeführt wurden. Auch waren die 550 000 algerischen Gastarbeiter in Frankreich zur Wahl zugelassen (im Gegensatz zu den spanischen beim jüngsten Referendum in Spanien), auf die die Regierung in Algier auch indirekt kaum Druck ausüben kann.

Die Wahlbeteiligung betrug etwa 70 Prozent, was in Algerien bei Kommunalwahlen schon Tradition ist. «Die Regierung ist mit dem Ergebnis der Kommunalwahlen sehr zufrieden», erklärte der neue Informationsminister *Benyahia* am Tage nach der Wahl. «Die Wahlbeteiligung war in den Städten und auf dem Land recht hoch, was deutlich beweist, daß das Land in eine Ära politischer Stabilität eingetreten ist.»

Mit Recht wird hier die für eine Kommunalwahl beachtliche Beteiligung als Erfolg für die Regierung verbucht: Dieser erste Test der Regierung seit ihrer Machtergreifung zeigt, daß sie, wenn auch nicht Enthusiasmus, so doch ein lebhaftes Interesse für grundsätzliche politische Fragen und besonders für die Kommunalreform zu wecken vermochte, und daß sie im Land allgemein anerkannt ist. Ganz ohne Zweifel bedeutet das Wahlergebnis einen Prestigezuwachs für die Regierung Boumedienne und eine Stabilisation für das Land. Die Regierung hat außerdem endlich eines der bei der Machtergreifung gegebenen Versprechen, Kommunalwahlen und -reform durchzu-

führen, verwirklichen können. Die neuen Gemeinderäte, selbst wenn sie zur Hälfte noch dieselben sind wie vor der Wahl, können nun mit einem gewissen Rückhalt in der Bevölkerung ihre neuen und vielfältigeren Aufgaben angreifen. Schließlich hat die Bevölkerung wieder an die Übung der Stimmabgabe anschließen können, diesmal in einem für sie überschaubaren Bereich.

Die politischen Oppositionsgruppen Algeriens

Einen besonderen Erfolg bedeuten die 70 Prozent Wahlbeteiligung für Boumedienne aber in seiner Auseinandersetzung mit den politischen Oppositionsgruppen, die sich großenteils im europäischen Exil etabliert haben.

Die algerische Opposition besteht im wesentlichen aus vier Gruppen: der sozialistischen FFS (*Front des Forces Socialistes*) unter *Ait Ahmed* ist fast ausschließlich auf die Kabylei beschränkt (gegen Ben Bella und Boumedienne); der ziemlich einflußlose CNDR (*Conseil National de la Révolution*) unter *Boudiaf* (ebenfalls gegen Ben Bella und Boumedienne); die linkssozialistisch-kommunistische ORP, heute *Avantgarde-Partei* genannt, die sich nach dem Sturz Ben Bellas gegen Boumedienne bildete, und deren Führer *Harbi, Zahouane, Hadj Ali* usw. noch heute unter üblen Umständen in algerischen Gefängnissen sitzen; schließlich die benbellistische OCRA (*Organisation Clandestine de la Révolution Algérienne*) unter *Lebjaoui, Ait El Hocine* und andere, die über eine große Zahl von Sympathisierenden in Algerien zu verfügen vorgibt. (Der am 3. Januar 1967 in Madrid ermordete *Mohamed Khider* bewahrte als Verwahrer des FLN-Fonds allen diesen Gruppen gegenüber seine Neutralität.)

Diese Gruppen sind sich einzig in der Ablehnung des Regimes Boumedienne einig und empfahlen ihren Anhängern daher Enthaltung. So war denn auch die Wahlbeteiligung in der Kabylei (wie schon immer seit Beginn der Unabhängigkeit) und in Constantine, im Osten des Landes, besonders niedrig. Trotzdem hat diese Wahl deutlich ergeben, daß die Opposition immer mehr an Einfluß verliert und keine Chance hat, solange die Armee Ruhe hält. (Die Regierung konnte es sich leisten, in den letzten Monaten außer einigen «Hauptschuldigen» fast alle politischen Gefangenen zu entlassen.) Den gewöhnlichen Algerier bewegen sehr viel dringlichere Probleme als die Querelen der politischen Gruppen, und es ist mehr als fraglich, ob die Opposition das Hauptproblem, nämlich Arbeit und Brot zu verschaffen, besser lösen könnte.

Landwirtschaftliche Autogestion

Von der berufstätigen Gesamtbevölkerung ist weniger als eine von vier Personen mehr oder weniger beschäftigt. In diesem Sinn kann

man sagen, daß Arbeit in Algerien eine Ausnahme ist.» Zu diesem Schluß kam die größte algerische Tageszeitung *El Moudjahid* im Januar dieses Jahres. Besonders hart ist die Lage auf dem Lande, wo trotz starker Landflucht noch immer zwischen 65 und 67 Prozent der Bevölkerung leben, und obwohl Algerien landwirtschaftlich ein potentiell reiches Land ist und vor der französischen Eroberung von 1830 ein großer Exporteur von Getreide und Pferden war.

Als in den Monaten vor und den zwei Jahren nach Eintritt der algerischen Unabhängigkeit die französischen Siedler ihre Besitzungen verließen, wurden die Güter nicht in Einzelparzellen zerschnitten, sondern *comités de gestion*, Selbstverwaltungsräten, unterstellt, in denen vor allem die ehemaligen Gutsarbeiter saßen. Genauer: in den weniger fruchtbaren Teilen des Landes und in den Bergen mühen sich nach wie vor die Einzelbauern ab, die rentabel arbeiten müssen – ihnen bleibt ja nichts anderes übrig –, während in den fruchtbaren Ebenen nun anstelle der französischen *colons* die Selbstverwaltungsräte sitzen, die mehr und mehr Schulden machen. Wie kommt das?

Die Leiter der Farmen waren inkompetent: Freiheitskämpfer aus dem Maquis, die zur Belohnung dorthin gesetzt wurden, Kaufleute, die bald wegen Korruption im Gefängnis verschwanden, ehemalige Gutsarbeiter, die zwar arbeiten, aber nicht einen ganzen Betrieb leiten können. Die Betriebe erhielten die Auflage, statt (zum Beispiel) 25 Mann 45 zu beschäftigen. Ersatzteile für fast neuwertige Maschinen waren selbst in Jugoslawien nicht aufzutreiben. Für neue Geräte wurden Kredite bewilligt, nicht aber für Reparaturen. Und so weiter.

Man kann natürlich auch andere Beispiele nennen. Ich selbst habe mustergültig bestellte Farmen gesehen, in denen die ehemaligen Gutsarbeiter recht erhebliche Überschüsse unter sich aufteilen konnten. Aber die negativen Beispiele sind in der Überzahl. Die Regierung selber spricht von «enormen Defizits», die «teils durch unredliche Machenschaften, teils durch Unfähigkeit» verursacht sind (*El Djeich*, April 1966). Gegen Betrüger und Schädlinge des «nationalen Gutes» geht die Regierung äußerst scharf vor. Unfähigkeit jedoch kann durch noch so hilfreiche Abendkurse und kurzfristige Alphabetisationskampagnen nicht aufgehoben werden. Hier muß eine gründlich ausgebildete Jugend heran, und das braucht – Zeit.

Die neue Regierung versucht hier durch eine pragmatische Anwendung des Autogestionsprinzips zu helfen: Jeder Sektor haftet für seine Ergebnisse, aber der Gewinn jedes Sektors soll als Stimulans unter die Arbeiter verteilt werden. Auch für Reparaturen sind Kredite bereitgestellt worden, usw. Wichtiger aber wäre, daß jede Farm nur soviel Leute anstellt, wie sie benötigt – die anderen müßten in der Industrie Arbeit finden. Außerdem müßten viel höhere Kredite zur Verfügung gestellt werden. Das kann die Regierung nur tun, wenn eine starke Industrie Kapitalhilfe leistet. Wie in fast allen Entwicklungsländern ergibt sich auch hier die Notwendigkeit: das Agrar-

land Algerien muß stärker industrialisieren, um seiner Landwirtschaft aushelfen zu können.

Reformen für die Fellachen in den Bergen

Die Schwierigkeiten, denen die ehemaligen Großgüter begegnen, finden sich in potenziierter Form im sogenannten traditionellen agrarischen Sektor. In harter Arbeit und mit unendlichem Fleiß ernähren diese in den wenig fruchtbaren Gebirgen und Hochflächen lebenden Fellachen den überwiegenden Teil der algerischen Bevölkerung, und zwar mit Mitteln, die sich seit Jahrhunderten kaum gewandelt haben. Die Modernisierung des Landes in französischer Zeit hat sie ebenso wenig berührt wie der Sozialismus Ben Bellas, obwohl der algerische Freiheitskampf von Anfang an deutlich einen sozial-revolutionären Zug trug: die Bergbauern wollten den Großgrundbesitz beseitigen. Das ist nun zwar weitgehend geschehen, aber die Fellachen aus den Bergen, die für den Freiheitskrieg am meisten Opfer gebracht haben und auf jeden Fall zu den Ärmsten im Land gehören, haben vom Sieg nichts gehabt. Darum hat die neue Regierung fast den ganzen im Haushaltsplan von 1966 für die Landwirtschaft bestimmten Betrag, nämlich 96,2 Millionen Dinar (knapp 80 Millionen DM), für die Fellachen verwendet. Doch was sind 80 Millionen Mark bei über 500 000 privaten Bauernbetrieben?

«Jede Hilfe ist unwirksam, wenn die Strukturen nichts taugen», sagt die Regierung, und propagiert deshalb seit Frühjahr 1966 eine große Agrarreform, die allerdings auf 1967 verschoben worden ist. (Dies ist ein Kennzeichen des Regierungsstils Boumediennes: man will nichts überstürzen.) Bodenreform, Modernisierung der Bewirtschaftungsmethoden (mit einer Genossenschaftsbewegung verbunden), materielle Anreize für die Bauern und eine politische und technische Mobilisierung sind die vier Ziele. Die Regierung versteht die bereitgestellten Mittel daher mehr als eine «soziale Investition», wie es heißt, denn als rentable Kapitalanlage. Um die Arbeitslosigkeit zu verringern, soll solchen Genossenschaften bevorzugt geholfen werden, die so viele Arbeiter wie möglich einstellen. Wird aber dadurch und durch den in diesem Bereich noch stärkeren Mangel an professionellen Kenntnissen eine Rentabilität der traditionellen Betriebe nicht illusorisch und die ganze Agrarreform diskreditiert?

Was man erreichen will, ist durchaus vernünftig – Algerien ist eines der wenigen Entwicklungsländer, das die alten Strukturen aufgibt und neue sucht –, nur stehen die vorhandenen Mittel in keinem Verhältnis zu den benötigten Investitionen. Das soziale Ziel der Agrarreform, die sich ständig vertiefenden Gegensätze zwischen den bitterarmen Gebirgsgegenden und den reichen Städten und der Küste auszugleichen, wird ohne stärkere Industrialisierung nicht gelingen. Diese wiederum wird die bestehenden Gegensätze zunächst noch verschärfen.

Algeriens Schatzkammer – das Erdöl der Sahara

Algerien = Landwirtschaft + Erdöl: auf diese etwas einfache Formel brachte der algerische Industrieminister *Abdessalam* das Problem in einem Gespräch mit der Armeezeitschrift *El Djeich* im April 1966. In der Tat: Grundlage des algerischen Haushalts sind die Einkommen aus den reichhaltigen Erdöl- und Erdgasvorkommen von Hassi Messaoud, Hassi R'Mel und im Becken von Polignac.

Entscheidend für die Ausbeutung dieser Vorkommen ist der schon unter Ben Bella vorbereitete Vertrag zwischen Algerien und Frankreich vom 29. Juli 1965, der in Algier als Modell für alle Erdöl produzierenden arabischen Länder verstanden wird, weil er nicht zwischen einem Konzern und einer Regierung, sondern zwischen zwei souveränen Staaten abgeschlossen wurde. Diese Regelung, die produzierendes und konsumierendes Land in eine neue, wie es heißt partnerschaftliche, Beziehung setzt, entspricht sowohl den Interessen und außenpolitischen Vorstellungen *de Gaulles* als denen der algerischen Führer: Diese begrüßen jede Kooperation, sofern sie im Geist der gegenseitigen Achtung geschieht und den Interessen der Beteiligten entspricht. Sie betonen aber gleichzeitig politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Selbständigkeit der jungen Staaten, die vorzugsweise «im Schweiß unserer eigenen Stirnen» errungen werden soll (wie Boumedienne sich am 1. Mai 1966 ausdrückte), und befürworten ferner Antimperialismus und Nichteinmischung in die Angelegenheiten der anderen Länder.

Dies ist auch der Grund dafür, daß die Delegation der DDR im Februar 1967 in Algier nicht einmal die Eröffnung von Konsulaten erreichen konnte, sondern sich mit einem Vertrag über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit begnügen mußte, obwohl die DDR Algerien noch im Januar eine Anleihe von 400 Mio DM gewährt hat. Aus gleichem Grund ist die westdeutsch-algerische Freundschaft noch eine schwache Blume, denn Algerien lehnt politisches Entgegenkommen als Preis für Entwicklungshilfe strikt ab.

Nach dem Vertrag vom 29. Juli 1965 erhält Algerien nicht nur einen von Jahr zu Jahr größeren Anteil am Gewinn der französischen Gruppen in der Sahara (vor allem SN Repal und CFP [A]), der sich bis zu 75 Prozent steigern wird, sondern beteiligt sich durch die staatliche Gesellschaft Sonatrach selbst zunehmend an Versuchsbohrungen, Förderung, Raffinerie, bis hin zu Verteilung und Verkauf im In- und Ausland. Die im März 1966 eingeweihte dritte algerische Erdölleitung von Haoud El Hamra bis Arzew bei Oran (801 km) beispielsweise ist ausschließlich in algerischem Besitz und soll bei einer Transportleistung von 22 Millionen Tonnen dem algerischen Haushalt 1967 eine Milliarde Dinar (ungefähr gleichviel französische Franken) einbringen. Die günstigen Bedingungen dieses Vertrages erklären die unnachgiebige Haltung Algeriens im Streit mit den anglo-

amerikanischen Erdölgesellschaften Sinclair, Philips, Tidewater, El Paso usw. im November 1966 und den Abbruch der Verhandlungen mit der italienischen Gruppe ENI über die Lieferung algerischen Erdgases nach Mitteleuropa im Februar 1967.

Abgesehen von den ständig steigenden Einnahmen hat die neue Regelung für Algerien auch sonst Vorteile. Sie gestattet, einheimische Arbeiter anzustellen und algerische Techniker und Ingenieure heranzubilden. Weiter sichert sie eine Stabilität der algerischen Einkünfte und damit der Finanzlage des Staates und ermöglicht eine weitsichtige Planung nicht nur in der Petrochemie, sondern überhaupt bei der Industrialisation des Landes, unter maximaler Einbeziehung der Energiequellen, zum Beispiel der Erdgasleitungen.

Autogestion in der Industrie: Arbeitslosigkeit oder Schulden im Betrieb

Für die Arbeitslosen Algeriens ist das alles noch Zukunftsmusik. Eine spürbare Minderung der Arbeitslosigkeit in nächster Zeit muß durch Gesundung und Ausbau der schon bestehenden Industrie erfolgen. Diese ist fast vollständig nationalisiert und wird, im Rahmen einer allgemeinen staatlichen Aufsicht – die nach der Kommunalreform weitgehend in die Hände der Gemeinden übergehen soll –, von den Arbeitern selbst verwaltet, ähnlich wie in Jugoslawien: «die Fabrik dem Arbeiter».

Seit dem Exodus der Europäer mangelt es hier ganz besonders an Fachleuten. Die in verschiedenen Städten eingerichteten und von Franzosen geleiteten Abendkurse können die Lücken nur schwer schließen, vor allem wenn sich die neugebildeten «Produktionsleiter» dann etwa folgender Situation gegenübersehen (es handelt sich um eine Kachelfabrik in Ostalgerien): Das Selbstverwaltungskomitee war völlig unfähig. Eine geordnete Kassenführung gab es nicht. Das Werk hatte 800 000 Dinar Schulden und beschäftigte dreimal soviel Arbeiter als nötig.

Dies Beispiel zeigt die Probleme, die sich überall ergeben. «Soll eine große Zahl von Arbeitern eingestellt werden, auch auf die Gefahr hin, daß die Rentabilität der Unternehmen gefährdet wird? Darf der soziale Aspekt über den wirtschaftlichen die Oberhand behalten oder der wirtschaftliche über den sozialen?» fragte Präsident Boumedienne in einem Interview mit der französischen Zeitschrift *Nouvel Observateur* vom 5. November 1965; wie ist die unglückliche Alternative: Arbeitslosigkeit oder Schulden im Betrieb zu lösen? Boumediennes Antwort: «Es ist nun an der Zeit, das alles (das heißt die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen) ins Gleichgewicht zu bringen. Es kommt auf keinen Fall in Frage, Arbeiter zu entlassen und so die drückende Arbeitslosigkeit noch zu vergrößern. Wir müssen uns vielmehr bemühen, die Arbeitslosigkeit aufzusaugen, die vorhandene Arbeitskraft so gut wie möglich auszunutzen, ohne jedoch die Budgets über-

mäßig zu belasten.» Das ist das Problem der Quadratur des Kreises. Wie soll das Kunststück zustande kommen? «Es ist eine Frage der Organisation.» (Boumedienne, a.a.O.)

Die Regierung hat die Probleme genau erkannt. Der Weg zum Wohlstand ist weit: Man kann nicht ein oder zwei Millionen Arbeitslose dem Fortschritt des anderen Teils des Volkes opfern. «Es ist nötig, bestimmte grundlegende Voraussetzungen zu schaffen, damit die Autogestion voll gelingen kann», sagte Präsident Boumedienne in einer Rede am 28. März 1966. Darum versucht die Regierung, durch stärkere Gewinnbeteiligung den Anreiz zur Selbstverwaltung zu erhöhen. Eine dauerhafte Besserung wird aber auch hier nur eintreten, wenn eine gut ausgebildete Jugend in die Fabriken hineinwächst, und wenn es gelingt, erheblich mehr neue Industriebetriebe zu bauen als bisher.

Der Regierung geht es, wenn sie so viel Arbeiter wie möglich einstellen läßt, auch um Freiheit und Menschenwürde der Betroffenen. Nur, wenn der Betrieb pleite ist, bleibt von der Menschenwürde des Arbeiters nicht viel mehr übrig als von der eines Arbeitslosen.

Reprivatisierung und Verstaatlichung

«Soyons sérieux, soyons réalistes!» – Seien wir doch vernünftig! ist Boumediennes Devise. Als Realist sieht man schnell, daß das Autogestionsprinzip keineswegs überall als Dampflok in den Fortschritt zieht. Darum ist es nicht erstaunlich, daß seit zwei Jahren viele leichtfertig verstaatlichte Restaurants, Cafés, Papier- und sonstige Läden ihren Eigentümern zurückgegeben worden sind. Offiziell heißt es: Der Staat kann nationalisieren, soll aber nicht konfiszieren. Auf Boumediennes Anordnung hin eingesetzte Komitees sollen prüfen, wo leichtfertig, etwa aus Gründen persönlicher Gegnerschaft, enteignet wurde. Das ist pragmatischer Sozialismus. «Die Theoretiker werden schreien!» sagte Boumedienne voraus. Und die Gewerkschaften haben natürlich geschrien.

Der eigentliche Grund für diese Reprivatisierungen war aber, daß die meisten verstaatlichten Geschäfte mit Verlust arbeiteten, selbst wenn der ursprüngliche Besitzer der Pächter geworden war. Nach der Rückgabe behob sich dieser Schaden schlagartig. Überhaupt hat sich im letzten Jahr mit zunehmender Deutlichkeit gezeigt, daß es in Algerien eine sehr wohlhabende Kaufmanns- und Händlerschicht gibt. Um das hier vorhandene, meist in Frankreich aufbewahrte Kapital nutzbar zu machen, hat die Regierung im neuen Investitionsgesetz vom November 1966 Investitionen in Immobilien bis zu einem Wert von 400 000 DM gestattet, um die kleinen und mittleren Industriebetriebe zu beleben. Diese Maßnahme ist bisher recht positiv aufgenommen worden.

Dagegen mißtraut das ausländische Kapital, trotz der kürzlich von zwei amerikanischen Banken gewährten Anleihen, den erzsozialisti-

schen Prinzipien einiger algerischer Führer, die hinter ausländischem Geld sofort die Gefahr der Ausbeutung und wirtschaftlicher Abhängigkeit wittern. Dies Mißtrauen wird bestärkt durch die überraschende Verstaatlichung der Erzgruben und der Versicherungsgesellschaften im Jahr 1966. Dazu wurde offiziell in Algier und Paris erklärt: Das Volk nimmt wieder Besitz von seinen natürlichen Reichtümern. Das ist irreführend, denn auch in den bis dahin von französischen Firmen verwalteten Unternehmen hatte Algerien einen so starken Anteil im Aufsichtsrat, daß von fremder Ausbeutung nicht die Rede sein konnte. Zur Zeit machen die natürlichen Reichtümer das Volk nur arm: Die Entschädigungen der französischen Gesellschaften werden eine Menge Geld kosten, Investitionen sind notwendig, die Arbeiter der «befreiten» Gruben sind auch nicht besser auf Selbstverwaltung vorbereitet als die anderen, und Algerien wird zudem seine ständig wachsenden Erzhalde nicht los. Immerhin passen diese Verstaatlichungen in den Rahmen der von Boumedienne beabsichtigten Festigung der nationalen Souveränität in wirtschaftlicher Hinsicht. Doch hat der Erdölvertrag dasselbe Ziel mit mehr Erfolg erreicht – ohne Verstaatlichung. Die Theoretiker schreien nicht mehr, sie freuen sich.

Opposition im Einparteienstaat: die Gewerkschaften

Welche Gründe können Präsident Boumedienne veranlaßt haben, dem Revolutionsrat diese Maßnahmen vorzuschlagen? Betrachtet man die offizielle Begründung mit Skepsis, so bleibt nur eine plausible Erklärung: Der Revolutionsrat sah sich dem algerischen Gewerkschaftsbund UGTA gegenüber zum Einlenken genötigt.

Der algerische Gewerkschaftsbund, während des Befreiungskampfes eine der wichtigsten Widerstandsgruppen, ist in dem Agrarland Algerien zahlenmäßig nicht sehr stark und in seinem Wirkungsbereich im wesentlichen auf Westalgerien, besonders Oran, beschränkt. Seit je waren die algerischen Gewerkschaften Exponent einer kompromißlosen sozialistischen Haltung: Sie fordern die Verstaatlichung aller ausländischen Gesellschaften und einheimischen Industrieunternehmen und des algerischen Großgrundbesitzes in algerischer Hand, außerdem eine fast vollständige Autonomie der Selbstverwaltungsräte in den Industriebetrieben und den Volksgütern, gerade auch in finanzieller Hinsicht. Während der Blütezeit unter Ben Bella besaß die UGTA großen Einfluß bei den algerischen Massen. Der pragmatischen Wirtschaftspolitik Boumediennes hat sie sich von Anfang an widersetzt. Symptomatisch war die regelmäßige Beschlagnahmung der wöchentlich erscheinenden Gewerkschaftszeitung *Révolution et Travail*, deren letzte – am 18. April 1966 vor Erscheinen beschlagnahmte – Ausgabe in Artikeln wie «Wie die Autogestion sabotiert wird» und «Konterrevolutionäre zeigen ihr

wahres Gesicht» die Reprivatisierungen und noch bestehenden ausländischen Besitz angriff. (Seit Januar 1967 erscheint *Révolution et Travail* wieder, als Monatsschrift.)

Diese Angriffe gegen Regierungsmaßnahmen und unerfüllte Forderungen nach alleiniger Mitbestimmung von Gewerkschaftsmitgliedern in den Betrieben führten im Sommer 1966 zum offenen Konflikt: Dutzende von Gewerkschaftsangehörigen wurden unter dem Verdacht, der kommunistenfreundlichen Oppositionsbewegung ORP anzugehören, verhaftet und gefangengesetzt. Im Zentralkommissariat der Polizei in Constantine und anderswo wurde gefoltert. (Immer wieder wurden im vergangenen Jahr Folterungen von Angehörigen der politischen Opposition berichtet, die Präsident Boumedienne zwar mißbilligt, aber nicht verhindert.) Im Oktober schloß sich der Nationalsekretär der UGTA, *Slimane Rebba*, offen der OCRA an.

Heute scheint die Lage leicht entspannt. Mitte Dezember 1966 wurden alle Gewerkschaftsleute aus den Gefängnissen entlassen. Präsident Boumedienne hat den ehemaligen Gewerkschaftsgeneralsekretär *Ali Yahia* zum Landwirtschaftsminister gemacht. Es handelt sich dabei um einen Waffenstillstand im gegenseitigen Interesse: Präsident Boumedienne brauchte die Beteiligung der Gewerkschaften bei den Vorbereitungen der Kommunalwahl (gegen die Opposition im Exil), Generalsekretär *Oumeziane* wollte soviel Arbeiter und Anti-Bürgerliche wie möglich in die Gemeinderäte bringen. Außerdem spürte er, daß die Anziehungskraft der UGTA für die Arbeiter und der Einfluß auf die Massen nachgelassen hat, seit die Gewerkschaften in den Tageszeitungen kaum noch erwähnt wurden. Daß es sich bei der gegenwärtigen Entspannung eher um Taktik als um grundsätzliches Einverständnis handelt, beweist die Verhaftung von Gewerkschaftern in Ain-Defla am Wahlsonntag und die Bemerkungen von Generalsekretär *Oumeziane*: «Welches auch die Schwächen der Partei heute sein mögen, wir gehören zu ihr... Wir Gewerkschafter führen nicht automatisch aus, was man von uns verlangt. Wir führen nur aus, was unserer sozialistischen Grundhaltung entspricht...»

Wenn die UGTA im Augenblick aus verschiedenen Gründen leise tritt, so protestieren die Studenten von Algier von Zeit zu Zeit um so heftiger. Die Feindschaft zwischen dem Regime Boumedienne und den Studenten ist so alt wie das Regime: an jenem 19. Juni 1965 waren ja die Studenten die ersten, die gegen die «Konterrevolution» und eine «Militärdiktatur» demonstrierten, eine Anklage, die sie auch heute noch wiederholen. Damals gelang es dem Regime, diese Protestbewegung zu unterdrücken. Der Generalsekretär der Studentengewerkschaft UNEA, *Mouffok*, wurde verhaftet und mancherlei Repressalien ausgesetzt. Aber der Versuch der Partei, eine der Partei ergebene Studentenorganisation, die FEMP, zu schaffen, ist – wie auch in anderen Ländern – nicht von Erfolg gekrönt. Der jüngste zweistündige Streik in Algier gegen Einmischung der Regierung in stu-

dentische Affären und gegen den Entführungsversuch eines ihrer Führer wurde zu etwa 85 Prozent befolgt.

Der Ordnungsfaktor im Land – die Armee

Auf welche politische Macht kann sich Boumedienne stützen? Die Partei – von Ben Bella als Eliteformation und nicht als Massenbewegung geschaffen – beeinflusst zwar offiziell die Regierungsentscheidungen ganz erheblich, besteht aber in weiten Teilen des Landes nur auf dem Papier. Boumedienne stützt sich auf die Armee, deren Gunst sich Ben Bella nach und nach verscherzt hatte, als er die Volksmiliz schuf und den Soldaten Mittel und Einfluß kürzte. Das war wohl der Hauptanlaß für den Staatsstreich vom 19. Juni 1965.

Mit Oberst Boumedienne, der auch heute noch Verteidigungsminister ist, zogen Militärs in viele einflußreiche Stellungen ein. Eine von Boumediennes ersten Taten war, die Gehälter der Armee zu erhöhen. 2500 DM erhält ein Offizier, zehn- oder zwanzigmal soviel wie seine Landsleute durchschnittlich verdienen. Rund 20 Prozent des Staatshaushalts gehen an Armee und Nationalgendarmerie und in das teure, aus der Sowjetunion bezogene Rüstungsmaterial.

Was aber tut die Armee? Das fragt man sich immer wieder. Die Antwort: Wache schieben, Fußball spielen und Blumen züchten. Ein Offizier aus Algier sagte mir: «Acht Jahre haben wir gekämpft, jetzt ruhen wir uns aus!» Die Fellachen in den Bergen haben auch gekämpft.

Weil die Armee die einzige stabile Kraft des Staates ist, hat sie in Algerien eine entscheidende politische Funktion. «Die Armee ist Schild und Lanzenspitze, die die Revolution beschützen», sagt Präsident Boumedienne immer wieder. Das Militär hat den Platz an der Spitze der algerischen Gesellschaft erhalten – ist es da an revolutionären Änderungen der Gesellschaft interessiert, die nur seine Privilegien gefährden könnten?

Abgesehen von der neuen Superklasse, der Armee, hat sich die soziale Schichtung der algerischen Gesellschaft mit der Unabhängigkeit des Landes nicht geändert. Auch im sozialistischen Algerien sind die Unterschiede zwischen den drei traditionellen Klassen genauso stark wie schon immer: Auf der einen Seite die Funktionäre (Beamte, Angestellte, Lehrer) und die Kaufleute, auf der anderen Seite die armen Bauern, Arbeiter und Arbeitslosen. Die Regierung will «revolutionäre» Gesellschaftsformen schaffen. Wird das gelingen? Es kommt darauf an, den Staat zu «moralisieren», wie Boumedienne es nennt. Aber er macht sich keine Illusionen: «Man braucht viel Zeit, um eine Gesellschaft umzuformen!»

Auf den revolutionären Enthusiasmus Ben Bellas, der zu nichts führte, folgten zwei Jahre Analysieren und Planen. Jetzt gilt es, die Pläne Wirklichkeit werden zu lassen – in einer dritten, der längsten und schwierigsten Periode.

Martin Koschorke, Deutschland